

**informiert**

**CDU**  
Gelsenkirchen

**Juli 2010**

## Inhalt

**Ausgewogenes  
Sparpaket**

**Arbeiten statt Jammern**

**Rauchverbot für  
Spielplätze**

**CDU-Ratsfraktion  
informiert:**

**Standortimmobilien-  
gemeinschaft**

**Landeszuweisungen bei  
Hartz-IV**

**Schrottimmobilien**

**Zoosiedlung**

## Impressum

**Herausgeber:**

CDU-Kreisverband Gelsenkirchen  
Munckelstraße 15, 45879 GE

**Verantwortlich und Redaktion:**

Ludger Jägers

**Weitere Informationen**

**Wir im Internet:**

<http://www.cdu-gelsenkirchen.de>

**E-Mail:**

[info@cdu-gelsenkirchen.de](mailto:info@cdu-gelsenkirchen.de)

# Was jetzt zu tun ist

Ganz ohne Frage: Im öffentlichen Erscheinungsbild steht die CDU derzeit miserabel da. Nicht nur das Landtagswahlergebnis (das schlechteste aller Zeiten), auch die mühsame Wahl von Christian Wulff zum Bundespräsidenten sind alles andere als dazu angehtan, sich zurückzulehnen und „Weiter so!“ zu rufen. Was steht also an?

Zuerst einmal muss eine ehrliche Wahlanalyse der Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahl stattfinden. Dabei wird man feststellen, dass es die eine Ursache nicht gibt: Bei Kommunal- und Bundestagswahl hat uns der Eindruck einer nicht hinreichend funktionierenden großen Koalition geschadet. Durch eigenes Schlechtreden haben wir selbst unseren Beitrag dazu geleistet. Dabei ist völlig klar, dass diese große Koalition in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise schnell und richtig gehandelt hat. Ansonsten wäre Deutschland nicht am besten im Vergleich zu allen anderen Ländern durch die Krise gekommen: mit weniger Arbeitslosen, quasi Preisstabilität und einem in diesem Jahr schon wieder bemerkenswerten Wirtschaftswachstum.

Bei der Landtagswahl gab es mindestens vier Ursachen:

1. Die nicht hinreichend vermittelte Notwendigkeit der Griechenlandhilfe.
2. Eine Berliner Streitkoalition, die den Eindruck hinterließ, nach der NRW-Wahl werde man schmerzlich zuschlagen.
3. Eine beispiellose Schmutzkampagne, zu der Mitarbeiter der CDU eigenhändig die Anlässe geliefert haben.
4. Ein Ministerpräsident, dessen Ansehen trotz ausgezeichneter Sacharbeit täglich weiter sank, weil die

Bevölkerung dem mühsam über fünf Jahre aufgebauten künstlichen Bild nicht glauben wollte.



Nun wird es darum gehen, in Berlin schnell zur Sacharbeit zu finden und die notwendigen Schritte mutig zu gehen: eine finanzielle Sanierung des Gesundheitssystems; eine konsequente Haushaltsanierung; eine Energiepolitik, die Sicherheit, ökologische Verträglichkeit und Bezahlbarkeit gewährleistet ... Wir müssen das Notwendige tun und dann um Zustimmung in der Bevölkerung werben. Der nasse Finger in der Luft ist dabei ein schlechter Wegweiser.

Und in Nordrhein-Westfalen brauchen wir einen personellen und inhaltlichen Neuanfang. Dabei dürfen wir die Erfolge aus fünf Jahren Regierungsverantwortung nicht vergessen. Aber wir brauchen auch Neuausrichtung, beispielsweise in der Schulpolitik. Schließlich müssen wir darauf achten, unsere CDU zusammenzuhalten. Dazu brauchen wir alle: ob Armin Laschet, Karl-Josef Laumann oder Andreas Krautscheit – und vor allem alle Mitglieder vor Ort. Anders als die SPD vor fünf Jahren sind wir personell nicht ausgelautet. Wir haben Köpfe – und gemeinsam mit Konzepten werden wir zeigen, dass das Linksbündnis aus Rot-Grün gestützt von Dunkelrot in unserem Land keine Zukunft hat.

Ihr

Oliver Wittke

**Die CDU  
wünscht Ihnen  
und Ihrer  
Familie schöne  
und erholsame  
Urlaubstage!**



**CDU**

# Tann: „Ausgewogenes Sparpaket darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen.“

„Mit der Vorlage des Sparpaketes der Bundesregierung wird endlich der dringend notwendige Konsolidierungskurs der Staatsfinanzen eingeschlagen. Deshalb gehört dieses große Projekt zu den wichtigen Gestaltungsaufgaben der Bundesregierung“, betonte der CDU-Kreisvorsitzende Guido Tann nach einer Kreisvorstandssitzung. „Wir nehmen mit Erleichterung zur Kenntnis, dass die zusätzlichen Mittel für Bildung und Forschung weiterhin in der vereinbarten Zielgröße von 12 Mrd. Euro verbleiben. Denn Bildung und Forschung sind die zentralen Säulen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“, ergänzte er.

„Dieses Sparpaket belastet Wirtschaft, Sozialhaushalt und Öffentlichen Dienst gleichermaßen, so dass man von einem ausgewogenen Programm sprechen kann. Im Gesetzgebungsverfahren werden wir darauf achten, dass es weiter gerecht – auch bei den Einsparungen im Sozialbereich – zugeht. Das heißt auch, dass die Entlastungen des Bundes nicht zu Belastungen der Kommunen führen dürfen“, stellte Tann weiter fest. Der CDU-Kreisvorsitzende wünscht sich für die weiteren Beratungen, dass die Mehrwertsteuerentlastung für das Hotelgewerbe zurückgenommen wird. „Darüber hinaus fordern wir eine detaillierte Prüfung, welche Produkte noch den verminderten Mehrwertsteuersatz bekommen sollen“, so Tann.

## Oehlert: Rauchverbot für Spielplätze

Für ein absolutes Rauchverbot auf allen Spielplätzen und Sportanlagen im Stadtgebiet setzt sich Frank-Norbert Oehlert, Vorsitzender der CDU-Altstadt und des Arbeitskreises Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit der CDU Gelsenkirchen, ein. Dazu müsse die ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Gelsenkirchen entsprechend geändert und ergänzt werden.

Für ein entsprechendes Verbot spräche, so Oehlert, das Kleinkinder, die auf Spielplätzen weggeworfene Ziga-

## CDU Ruhr fordert „Tilgungsfonds für Kommunen“

Mit drei Schritten will die Ruhr-CDU die klammen Kommunalfinanzen sanieren. „Die drohende Überschuldung von immer mehr Kommunen, insbesondere im Ruhrgebiet, führt diese an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Oberhausen und Duisburg weisen als erste Städte in ihrer Bilanz ein negatives Eigenkapital aus, sind also überschuldet“, betonte der CDU-Bezirksvorsitzende Oliver Wittke auf der Kommunalkonferenz der CDU Ruhr.

Zu den vorgeschlagenen Schritten gegen die Finanzkrise gehört unter anderem eine „Altschuldenhilfe“. Dabei setzen die Christdemokraten auf die von Finanzminister Linsen angekündigte Initiative. In diesem Zusammenhang fordern die Kommunalpolitiker der CDU Ruhr eine „schnelle Tilgungshilfe“ statt einer Zinshilfe. „Eine Tilgungshilfe muss allerdings an eine strenge Haushaltskonsolidierung geknüpft werden“, fordert die CDU.

Darüber hinaus sieht die CDU Ruhr das Instrumentarium zur Finanzierung der Deutschen Einheit als weiteres geeignetes Hilfsmittel an. „Teilentschuldung durch Solidarität statt Entsolidarisierung“ fordert die Ruhr-CDU. Hinzu kommt die Forderung, das Konnexi-

tätsprinzip wieder ernst zu nehmen. Dabei wird die Verantwortung des Landes bei Bundesgesetzen hervorgehoben.



## Guido Tann: Arbeiten statt Jammern

Die CDU – nicht nur in Gelsenkirchen – ist bedingt durch die aktuelle politische Lage stark verunsichert. Die Wahlausgänge bei der Kommunal-, der Bundestags- und zuletzt der Landtagswahl haben wenig Grund zur Freude gegeben. Hinzu kommen die Dissonanzen in der Berliner Koalition und die Suche der CDU in und außerhalb von Nordrhein-Westfalen nach Profil.

Das alles schafft Verunsicherung und Zweifel, es lädt geradezu zu Selbstmitleid ein. Doch mit Selbstmitleid ist noch nie ein Problem gelöst worden. Vielmehr gelingt so etwas nur durch Denken und Handeln.

Die CDU in Gelsenkirchen wird auf einem Kreisparteitag am 28. September über den programmatischen Kurs der nächsten Jahre diskutieren und dann konkret mit der Arbeit beginnen. Wir wollen und werden mit Arbeit und Geschlossenheit in Gelsenkirchen wieder nach vorne kommen.



rettenstummel aufsammeln, in den Mund stecken und sogar verschluckten. Dieses stelle eine vermeidbare gesundheitliche Gefährdung dar. Zudem werde der Spielsand durch weggeworfene Kippen verunreinigt. Gleiches gilt auch für Sportanlagen. Rauchen und Sport passten einfach nicht zusammen.

# Stadt soll Vorreiterrolle im Land bei Standortimmobiliengemeinschaft übernehmen

Diese Forderung erhebt die CDU-Ratsfraktion anlässlich des von der Verwaltung gegebenen Sachstandsberichtes zur beabsichtigten



Gründung der Standortimmobiliengemeinschaft Rotthausen-Ost. In der Vergangenheit war schon viel von Standortimmobiliengemeinschaften in der Stadt die Rede, in keinem Fall war der Prozess jedoch so weit fortgeschritten wie in Rotthausen. Während

in anderen Bereichen die Verabredungen in eher loser Form durch eine begrenzte Anzahl von Immobilienbesitzern und Kaufleuten erfolgte, soll in Rotthausen die ISGG formal abgesichert werden.

## Formal absichern

Bereits im Oktober 2009 erfolgte die Gründung der ISG Karl-Meyer-Straße Ost e.V.. Diese stellte bereits im Januar 2010 einen entsprechenden Antrag auf Erlass einer Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemein-

schaften. Auch wenn auf den Erlass einer solchen Satzung kein Rechtsanspruch besteht, sollte die Möglichkeit, in einem geregelten Verfahren privates Engagement und privates Geld zur Verbesserung des örtlichen Umfeldes und zur Werterhaltung der dortigen Immobilien, unbedingt genutzt werden. Immerhin sollen knapp 45.000 € zur Strukturverbesserung zur Verfügung gestellt werden.

# Hartz-IV-Zuweisungen: In Ruhe abwarten

„Das Urteil des Landesverfassungsgerichts in Sachen ‚Landeszuweisungen für Hartz-IV-Leistungen‘ an Kommunen bedeutet nach Ansicht der CDU-Fraktion zunächst erst eine theoretische Aussicht auf mehr Geld im städtischen Haushalt“, diese Einschätzung vertritt der stellv. Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Wolfgang Heinberg, nach dem gestrigen Urteil des Landesverfassungsgerichts.

## Besteller und Zahler

Gleichwohl begrüßt die CDU-Ratsfraktion die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts und erwartet jetzt, zu nächster Gelegenheit, eine erste Einschätzung der Verwaltung zu den finanziellen Auswirkungen im städtischen Etat. Wolfgang Heinberg: „Es gibt ein wichtiges Prinzip, dass man so ausdrücken kann: wer die Musik bestellt, muss auch dafür zahlen! In Sachen Hartz-IV waren die Kommunen

zu oft Zahler ohne vorher Besteller gewesen zu sein. Das Urteil gibt uns Anlass für die Erwartung, dass jetzt im Benehmen



zwischen den Beteiligten, also Bund, Land und Kommunen, eine angemessene, auf der Basis von Echtzahlen ermittelte und damit höhere Bundesbeteiligung an den Kosten vereinbart werden kann, die dann auch zu höheren Landeszuweisungen führt. Ob das dann für GE gleich Mehreinnahmen in Millionenhöhe bedeutet, wie manche Kämmerer in Nachbarstädten schon jubeln, muss in Ruhe abgewartet werden. Dazu kann und soll die Verwaltung zeitnah berichten.“

# Zoosiedlung: CDU bietet Unterstützung an

Der CDU-Arbeitskreis Stadtentwicklung und Planung wird sich in Kürze in der Zoosiedlung mit Vertretern der Mieterinitiative zu einem Gedankenaustausch treffen und sich vor Ort über die gewachsenen Strukturen informieren.

## Mieterschutz wahren

„Wir können die entstandene Beunruhigung der Mieterinnen und Mieter in

der Bismarcker Siedlung nach dem Bekanntwerden der Veräußerung des Wohnungsbestandes an die Bochumer Häuser-Bau Unternehmensgruppe gut nachvollziehen“, erklärt Guido Tann, Sprecher der CDU-Fraktion im Arbeitskreis. „Für die CDU steht es außer Frage, dass die Mieterschutzinteressen gewahrt werden müssen. Das Gesetz bietet hierfür den umfäng-

lichen Schutz“, erklärt Tann weiter. Schließlich hatte die CDU-Fraktion auch ein Treffen mit Vertretern der Unternehmensgruppe Häuser-Bau geplant. „Es gab sogar schon einen Termin. Diesen hat Häuser-Bau allerdings kurzfristig wieder abgesagt und uns auf die Sommerferien vertröstet“, beschreibt Tann den aktuellen Beratungs- und Informationsstand der CDU.

## Schrottimmobilien: CDU bittet um Mithilfe

Als einen „Stich ins Wespennest“ bezeichnet Guido Tann, Sprecher der CDU-Fraktion im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss das von der CDU-Fraktion initiierte Thema ‚Schrottimmobilien‘ (Berichterstattung der WAZ vom 2. Juni 2010). Um die Materie gegenüber der Stadtverwaltung noch besser unterfüttern zu können, bittet die CDU die Bürgerinnen und Bürger um Mithilfe.

### Anrufen oder mailen

Deshalb ist es hilfreich, wenn der CDU-Ratsfraktion unter der Telefonnummer 169-2777 oder dem CDU-Kreisverband GE unter der Telefonnummer 9132890 Beispiele für verwahrloste Immobilien benannt werden würden, damit sich ein möglichst vollständiges Bild über das gesamte Ausmaß des Themas in Gelsenkirchen ergibt. Oder schicken Sie uns eine E-Mail an [cdu-ratsfraktion@gelsenkirchen.de](mailto:cdu-ratsfraktion@gelsenkirchen.de).

## CDU-Ratsfraktion informiert:

Verantwortlich: Werner Wöll, Wolfgang Heinberg  
CDU-Ratsfraktion Gelsenkirchen, Emscherstraße 66, 45891 Gelsenkirchen

# Damit Leben gelingt!

## Ein Unternehmen für alle Generationen

Damit Leben gelingt!  
Dafür engagieren wir uns an jedem Tag, rund um die Uhr. Mit mehr als 2.000 Mitarbeitern ist die St. Augustinus Gelsenkirchen GmbH mit ihren Betriebsgesellschaften und Einrichtungen einer der größten Arbeitgeber im sozialen Sektor in der Region.

Wir begleiten Sie - mit Kompetenz, Service,  
aus christlichem Selbstverständnis.  
Ein Leben lang!



St. Augustinus  
Gelsenkirchen GmbH



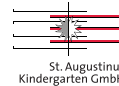
Marienhospital  
Gelsenkirchen GmbH



Sankt Marien-  
Hospital Buer GmbH



St. Augustinus  
Heime GmbH



St. Augustinus  
Kindergarten GmbH



**St. Augustinus  
Gelsenkirchen GmbH**

Virchowstraße 122  
45886 Gelsenkirchen

[www.st-augustinus.eu](http://www.st-augustinus.eu)  
E-Mail: [info@st-augustinus.eu](mailto:info@st-augustinus.eu)



## Nahverkehr aus einer Hand

2.200 Mitarbeiter, 2.600 Haltestellen, 380 Fahrzeuge - Die BOGESTRA -  
ein starkes Team, dem täglich 400.000 Menschen vertrauen.

ServiceTelefon: 0180 3504030 [www.bogestra.de](http://www.bogestra.de)  
(0,09 €/Min. aus dem Festnetz, Mobil max. 0,42 €/Min.)

**BOGESTRA** Für Menschen mit Zielen